
Vorstoss-Nr: 124-2010
Vorstossart: **Interpellation**
Eingereicht am: 02.09.2010
Eingereicht von: Martinelli-Messerli (Matten b.I., BDP) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 15
Dringlichkeit:
Datum Beantwortung: 02.02.2011
RRB-Nr: 176
Direktion: GEF

Umstrukturierung der stationären Akutversorgung im Kanton Bern

Durch die Einführung der neuen Spitalfinanzierung im Kanton Bern werden Mehrausgaben in der Grössenordnung von 250 bis 300 Millionen Franken erwartet. Das Spitalamt hat wiederholt suggeriert, dass das bernische Gesundheitswesen v.a. deshalb so teuer sei, weil viele Kleinspitäler betrieben würden. Es wird auch von Fusionen von weiteren Spitalzentren und deren Kostenspareffekten gesprochen (z.B. Insel – SNB und andere).

Unklar ist, welche Auswirkungen diese Umwandlungen bzw. Fusionen auf die Gesamtfinanzen des Kantons und der betroffenen Regionen haben bzw. um welchen Betrag die Bürgerinnen und Bürger durch diese Umwandlung tatsächlich entlastet werden könnten (Kantons- und Gemeindesteuern inkl. FILAG, Krankenkassenbeiträge).

Dieser Punkt ist letztlich entscheidend, um den möglichen Sparbetrag zu eruieren und den rein finanziellen Effekt dieser Zentralisierungen abzuschätzen.

Diese Abklärung führt auch dazu, dass Sparbeträge nicht nur suggeriert oder grob geschätzt, sondern auch berechnet sind und somit mit als Grundlage für fundierte Entscheidungen dienen.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten aufzuzeigen, welche finanziellen Auswirkungen ab dem Zeitpunkt der neuen Spitalfinanzierung zu erwarten sind. Dies schafft auch für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger Transparenz. Es geht dabei nicht darum, den Weg grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern die finanziellen Erwartungen ins richtige Licht zu rücken.

Ich ersuche daher den Regierungsrat aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Umwandlung von peripheren Spitälern in Gesundheitszentren und weitere Fusionen von Spitalzentren auf die kantonalen und die regionalen Finanzen haben. Mit einzubeziehen sind die Auswirkungen auf den Finanz- und Lastenausgleich durch den Wegfall lokaler Steuererträge, die Mehrkosten bezüglich Patiententransporte sowohl durch den Rettungsdienst wie auch privat, die allfällige Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten an zentralen Spitalstandorten, allfällige Auswirkungen auf den Tourismus sowie die Auswirkungen auf die Behandlungskosten insgesamt für jene Patienten, die sonst in einem peripheren Spital behandelt worden wären.



Welche Auswirkungen hätte diese Zentralisierung der Gesundheitsversorgung unter Einbezug oben genannter Faktoren:

1. auf die Kantonsfinanzen?
2. auf die regionalen Finanzströme?
3. auf die Steuerlast der von der Umstrukturierung betroffenen Bürgerinnen und Bürger?
4. auf die Krankenkassenprämien der von der Umstrukturierung betroffenen Bürgerinnen und Bürger?
5. auf die privaten Kosten der betroffenen Bürgerinnen und Bürger?

Antwort des Regierungsrats

Ausgehend von der Aussage, durch die Einführung der neuen Spitalfinanzierung würden im Kanton Bern Mehrausgaben in der Grössenordnung von 250 bis 300 Millionen Franken erwartet, ersucht der Interpellant den Regierungsrat aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Umwandlung von peripheren Spitälern in Gesundheitszentren und weitere Fusionen von Spitalzentren auf die kantonalen und die regionalen Finanzen haben.

Der Regierungsrat legt zunächst Wert auf die Feststellung, dass die neue Spitalfinanzierung nicht etwa zu einer Kostensteigerung im Gesundheitswesen, sondern zu einer Verschiebung der Kosten zwischen Kanton und Versicherern führt. Diese Kostenverschiebung wird den Kanton ab 2012 mit CHF 260 Mio. mehr belasten. Im Gegenzug werden die Obligatorische Krankenpflegeversicherung mit rund CHF 200 Mio. und die Zusatzversicherungen mit rund CHF 60 Mio. entlastet. Der Regierungsrat erwartet von den Krankenversicherern, dass sie diese Entlastung an die Versicherten weiter geben.

Zu den Fragen 1 und 4

Die Auswirkungen einer Umwandlung von peripheren Spitälern in Gesundheitszentren und von weiteren Fusionen von Spitalzentren auf die kantonalen Finanzen und die Krankenversicherer können ohne konkrete Projekte nur sehr grob geschätzt werden. Teil des weiteren Verlaufs des Projekts zum Zusammenschluss von Inselspital und der Spital Netz Bern AG ist denn auch die Schätzung der Kosten die bei der Umsetzung einer Fusion entstehen und der Einsparungen, die durch die Fusion mittelfristig erzielt werden können. Generell ist jedoch darauf hinzuweisen, dass durch die Umwandlung von Spitälern in Gesundheitszentren und/oder Fusionen die Infrastruktur besser ausgelastet werden kann. Gleichzeitig kann die Versorgung der gesamten Kantonsbevölkerung mit Dienstleistungen im Gesundheitswesen gewährleistet werden.

Die Versorgungsplanung 2011-2014 geht für das Jahr 2012 von Kosten für den Kanton in der Höhe von CHF 1.27 Mia. aus. Dieses Szenario geht aber von einer – im Vergleich zur Fortschreibung der heutigen Baserate unter Einbezug der Teuerung – 10 Prozent tieferen Baserate und somit weiteren Optimierungen – z.B. der Reduktion von Standorten und deren allfälliger Umwandlung in Gesundheitszentren oder verbesserten Betriebsabläufen – aus. Wenn die heutigen Strukturen fortgeschrieben werden, dürfte die Rechnung für den Kanton Bern um rund CHF 180 Mio. höher ausfallen.

Im Rahmen der Strategischen Aufgabenprüfung durch den Regierungsrat (SAR) schlug dieser 2002 vor, den Grossteil der gemäss Spitalplanung 1978 als Bezirksspitäler definierten Spitäler in Gesundheitszentren (damals als Polikliniken+ bezeichnet) umzunutzen. Die damaligen groben Schätzungen gingen davon aus, dass der Kanton damit rund CHF 21 Mio. sparen könnte. Aufgrund der Aufteilung der Kosten zwischen Kanton und Krankenversicherern hätten Letztere ebenfalls Einsparungen in der Grössenordnung von CHF 20 Mio. verzeichnen können.

Zwei Jahre vorher stellten die Spitäler Jegenstorf, Grosshöchstetten, Herzogenbuchsee, Sumiswald und Wattenwil ihren Akutbetrieb ein. Im Rahmen der Beantwortung der Interpellation 220/2004 von Grossrat Müller (Zäziwil, SVP) zeigte der Regierungsrat auf, dass die Gesamtkosten der öffentlichen Akutspitäler im Jahr 2003 dank der Schliessungen (und

weiterer Massnahmen) um CHF 85 Mio. tiefer ausgefallen sind. An diesem Spareffekt partizipierten die Krankenversicherer mit etwas weniger als der Hälfte des Betrags. D.h., dass die Krankenkassenprämien der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Bern ohne die Spitalschliessungen im Jahr 2003 im Durchschnitt um etwas mehr als CHF 40 höher ausgefallen wären.

Zu den Fragen 2, 3 und 5

Eine allfällige Umwandlung von peripheren Spitälern in Gesundheitszentren und weitere Fusionen von Spitalzentren haben höchstens indirekte Auswirkungen auf Gemeindesteuern, da die Gemeinden seit 2002 nicht mehr an der Finanzierung der Spitalversorgung beteiligt sind. Indirekte Auswirkungen auf die Gemeindesteuern würden sich ergeben, falls Arbeitsplätze verloren gingen oder Einwohnerinnen und Einwohner wegziehen würden, weil sie z.B. andernorts in einem Regionalen Spitalzentrum arbeiten. Solche Effekte allgemein zu beziffern ist allerdings nicht möglich bzw. es wäre mit dermassen vielen Annahmen behaftet, dass die Aussagekraft nahezu null wäre. Folglich ist auch eine präzise Beantwortung der Frage nach den Auswirkungen auf die regionalen Finanzströme nicht möglich.

Ebenfalls nicht sinnvoll möglich ist es, die Auswirkungen auf das Individuum (Bürgerinnen und Bürger) herabzubrechen. Zwar wäre es möglich, ein „theoretisches“ Individuum zu definieren, am Schluss hätte man jedoch eine Zahl, die insofern irreführend wäre, als ihr zu viele Annahmen zu Grunde liegen würden (z.B. wären die Auswirkungen auf die Steuerlast von Annahmen über das Einkommen abhängig, die Auswirkungen auf die privaten Kosten u.a. davon, ob man für die Berechnung einer Zusatzbelastung durch Besuche in einem weiter entfernt gelegenen Spital annimmt, die Bürgerin fahre mit dem ÖV, einem Kleinwagen oder einer Limousine usw.).

Abschliessend ist darauf hinzuweisen, dass der ökonomische Druck auf die peripheren Spitäler auch daher rührt, dass sich die Bevölkerung für Wahleingriffe zu einem grossen Teil in die grösseren Spitäler begibt und tendenziell nur für Notfälle auf die peripheren Spitäler zurückgreift. Dies lässt sich aufgrund der Medizinischen Statistik feststellen.

An den Grossen Rat